



ENERGIE- UND WÄRMEWENDE VORANBRINGEN – NOTWENDIGE MASSNAHMEN JETZT UMSETZEN!

Die Unternehmen des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus und der Zuliefererindustrie stehen als Technologielieferanten für die Energie- und Wärmewende. Sie alle sind intensiv von der Entwicklung in der Energie- und Klimapolitik betroffen. Deutschlands Energie- und Wärmeversorgung wird grundlegend umgebaut, wollen wir die nationalen und internationalen Klimaschutzziele erreichen. Der Weg von fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz ist wesentlich für eine sichere, umweltverträgliche und wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft.

Bei der gemeinsamen IG Metall-Branchenkonferenz der Energie- und Wärmetechnologien haben einhundert Betriebsräte aus dem konventionellen Energieanlagenbau, der Windindustrie, der Heizungsindustrie und der Solarindustrie über die Zukunfts- und Beschäftigungssicherung der Branchen diskutiert. Wir setzen uns ein: Für eine moderne und effiziente Energieversorgung in Deutschland und für gute und sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze.

#FAIRWANDEL – Mit aktiver Industriepolitik!

Von unserer gemeinsamen Branchenkonferenz geht ein klares Signal aus: Zum Umbau unserer Energie- und Wärmeversorgung benötigen wir mehr Verbindlichkeit bei der Umsetzung – und keinen Reformstau. Neben den Klimazielen geht es auch um hunderttausende Jobs.

Den Unternehmen der Branchen und ihrer Zulieferer, mit ihren herausragenden Kompetenzen, fällt als Technologielieferanten für die Energie- und Wärmewende eine Schlüsselrolle zu. Die Klimaziele können mit heute bereits bekannten Technologien und erreichbaren Innovationen umgesetzt werden. Die BDI-Studie „Klimapfade für Deutschland“ zeigt dazu eine breite Lösungslandschaft auf.

Was wir brauchen, ist eine ganzheitliche Strategie der Energie- und Wärmeversorgung in Deutschland und eine industriepolitische Flankierung mit langfristig verlässlichen Rahmenbedingungen für Investitionen. Hierzu zählt auch eine Reform des EEG. Die notwendige Infrastruktur muss umgehend systematisch ausgebaut werden und muss mit einer Vereinfachung des Planungsrechtes einhergehen. Bei der Umsetzung der Nationalen Industriestrategie 2030 muss dies im Zentrum der Aktivitäten stehen. Dazu erwarten wir von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier verbindliche und zügig umzusetzende Maßnahmen.

#FAIRWANDEL – Sektorkopplung als Motor für Innovationen

Die Kopplung und Verzahnung aller Sektoren ist ein wesentlicher Baustein der Energie- und Wärmewende. Dieser fortschreitende Prozess der Substitution fossiler Energieträger durch überwiegend erneuerbar erzeugten Strom oder andere erneuerbare Energieträger in neuen sektorenübergreifenden Anwendungen ist Motor für Innovationen, Wertschöpfung und Beschäftigung.

Die Kopplung und Verzahnung aller Energie- und Wärmesektoren muss vorangetrieben werden. Energie ist mehr als nur Strom. Zum gesamten Endenergieverbrauch wird auch die Energie hinzugerechnet, die beispielsweise zum Heizen oder im Verkehr gebraucht wird. Neben dem Strombereich sind Wärme- und Kälteerzeugung in Haushalten und Unternehmen sowie der Stromverbrauch in der Mobilität der Zukunft zu berücksichtigen.

Deutschland und seine Energie- und Wärmeindustrie müssen weiterhin Vorreiter bei der Energie- und Wärmeversorgung bleiben. Dazu erwarten wir von den Unternehmen Investitionen in die heimischen Standorte.

#FAIRWANDEL – Was jetzt mindestens umgesetzt werden muss!

- Mehr Verbindlichkeit bei der Umsetzung des Klimaprogramms 2030 der Bundesregierung herstellen.
- Die Anhebung des Ausbauziels für EE auf 65 Prozent Anteil bis 2030 gesetzlich verankern.
- Ausbau intelligenter Verteilnetze und die Förderung neuer Speichertechnologien vorantreiben.
- Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für energieintensive Industrien im internationalen Wettbewerb schaffen.

Für die einzelnen Sektoren bedeutet dies:

Energieanlagen- und Kraftwerksbau

- Innovationen in neue Energietechnik fördern, zum Beispiel für Hochtemperaturwärme, Kraft-Wärme-Koppelung oder Kohlenstoffnutzung in der Industrie. Alte Energieregionen zu neuen Energieregionen umbauen.
- Versorgungssicherheit durch flexible Gaskraftwerke, industrielle Eigenstromerzeugung und KWK gewährleisten. 17 GW Gaskraftwerke müssen neu gebaut werden.

Heizungsindustrie

- Modernisierungsrate bei Gebäuden mindestens auf 2 Prozent pro Jahr verdoppeln. Förderlandschaft transparenter gestalten und Zugänge erleichtern.
- Gesamtstrategie für den Wärmemarkt angehen statt „all electric“. Dazu zählt der Grundsatz „efficiency first“ und die breit gestreuten Technologieoptionen – von Wärmepumpen über erneuerbare Wärmeerzeuger bis zu synthetischen Brennstoffen – nutzbar machen.

Photovoltaik- und Solarindustrie

- Den 52-Gigawatt-Solardeckel im Erneuerbare-Energien-Gesetz unverzüglich durch ein vorgezogenes Artikelgesetz streichen.
- Den Ausbaukorridor im EEG auf mindestens 5.000 MW anheben, um die Klimaziele 2030 erreichen zu können.

Windindustrie

- Keine Einschränkungen der Flächen für Windenergie an Land durch Abstandsregelungen. Genehmigungshemmnisse abbauen und eine Bund-Länder-Strategie zur Flächenausweisung entwickeln. Ziel sollte ein Bund-Länder-Pakt sein, der Planungssicherheit über Legislaturperioden hinweg sicherstellt.
- Das Offshore-Wind-Ziel jetzt auf 20 GW für 2030 und den Ausbaukorridor für Windenergie an Land verlässlich auf mindestens 5.000 MW anheben.

#FAIRWANDEL – Wandel im Interesse der Beschäftigten gestalten

Die IG Metall will die Transformation im Sinne der Beschäftigten gestalten. Um die Beschäftigten bei den technologischen Veränderungen mitzunehmen, brauchen wir eine betriebliche Aus- und Weiterbildung, die auf die neuen Technologien ausgerichtet ist, verbunden mit einer qualifizierten und zukunftsorientierten Personalplanung. Investitionen in Zukunftstechnologien werden nur dann erfolgreich sein, wenn Kernkompetenzen der Beschäftigten fortentwickelt werden.

Für einen fairen Wandel sind eine Reihe arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen erforderlich, mit denen die Beschäftigung in der Transformation gesichert werden kann. Hierzu zählen insbesondere die Erleichterung der Zugänge zu Kurzarbeit in Anlehnung an die Krisenregelungen 2009, die Verlängerung der Bezugsdauer der Kurzarbeit auf 24 Monate. Außerdem die Erleichterung des Zugangs zum Qualifizierungschancengesetz, insbesondere durch die Ermöglichung für Beschäftigungsgruppen, Anträge auf Maßnahmen zu stellen.

Im Rahmen des Kohlekompromisses wurden soziale Absicherungsmaßnahmen über das Anpassungsgeld (APG) für die Beschäftigten in den Braunkohletagebauen vereinbart. Diese Regelung muss im Rahmen der geplanten Richtlinie auch für die Beschäftigten in der Zuliefererkette umgesetzt werden.

Wir fordern das Bundeswirtschaftsministerium darüber hinaus dazu auf, den Branchendialog Maschinen- und Anlagenbau schnellstmöglich einzuberufen und gemeinsam mit den Verbänden, der IG Metall und den Betriebsräten in diesem Rahmen weitergehende Initiativen für ein Gelingen der Energie- und Wärmewende zu entwickeln.

Verteiler:

Peter Altmaier, Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesvorsitzende der CDU

Saskia Esken, Bundesvorsitzende der SPD

Norbert Walter-Borjans, Bundesvorsitzender der SPD

Ralph Brinkhaus, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Rolf Mützenich, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Joachim Pfeiffer, Wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Bernd Westphal, Wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion